

B Der dänische Diskurs zu den Maastricht-Referenden (1992/1993)

(Anna Jóhannesdóttir)

Einleitung

Die Ratifizierung des Maastrichter Vertrages, begleitet von Referenden in Dänemark, Irland und Frankreich sowie durch Verfassungsbeschwerden in Großbritannien und Deutschland (später auch in Dänemark), löste in den meisten Mitgliedstaaten eine kontroverse und häufig auch polarisierende europapolitische Diskussion in bisher nicht gekanntem Umfang aus (Weidenfeld 1994).²⁷⁹

Das dänische überraschende „Nein“ im Referendum vom 2. Juni 1992 verursachte monatelanges Unbehagen in Europa und stellte den ganzen Integrationsprozess in Frage. Der Unionsvertrag schien wie ein Magnet die diffusen Befürchtungen, Vorbehalte und Ängste der europäischen Bürger auf sich gezogen zu haben. Nachdem auf dem Europäischen Ratstreffen in Edinburgh Dänemark wichtige Zugeständnisse gemacht wurden, stimmten die Dänen schließlich in einem erneuten Referendum am 18. Mai 1993 dem Maastrichter Vertrag zu und machten den Weg frei für die Ratifizierung: Das größte Reformwerk der europäischen Integration seit den Römischen Verträgen konnte mit zehnmonatiger Verspätung am 1. November 1993 in Kraft treten.

Für die Herausarbeitung von Identitätselementen und Argumentationsmustern bietet sich die Maastrichtdebatte aus mehreren Gründen an: Zum einen eignen sich Referenden allgemein besonders gut für eine Diskursanalyse, liegt es doch in ihrem Wesen, dass sie eine Debatte generieren. Die Diskursteilnehmer sind angehalten zu begründen, warum die Entscheidung so oder so ausfallen soll. Zum anderen stellen die dänischen Maastrichtreferenden insofern eine einzigartige Gelegenheit dar, als es sich um zwei Volksabstimmungen in relativ kurzem Abstand handelt, zum gleichen Thema zwar, aber mit unterschiedlichem Ausgang. Man sollte deshalb im Diskurs auch signifikante Hinweise zur Diskurshegemonie gewinnen können.

Aber vor allem ist die Abstimmung über Maastricht „*mainly an expression of fundamental attitudes to European integration*“ (Worre 1995: 235-257). Deren konkrete Auswirkungen in Form der in Edinburgh vereinbarten *Opt-outs* haben sich bis heute deutlich in der dänischen Europapolitik niedergeschlagen und mögen bei manchem externen Beobachter das bereits bei Shakespeare nachzulesende Stereotyp der *'internal doubts and indecisiveness'* der Dänen genährt haben (Svensson 1994: 69).

²⁷⁹ Die Dramatik der Post-Maastricht-Debatte überrascht angesichts des Umstands, dass der Unionsvertrag lediglich einen Minimalkonsens der Verhandlungen zwischen den zwölf Mitgliedstaaten darstellte.

Das dänische „Nein“ im ersten Maastricht-Referendum ist wohl das am meisten beachtete außenpolitische Ereignis Dänemarks der letzten fünfzig Jahre (Siune und Svensson 1993: 100).²⁸⁰ Folglich gab es zu diesem Thema geradezu eine Publikationswelle. Doch der Schwerpunkt der Studien liegt fast ausschließlich im Bereich der Wahl- und Meinungsforschung.²⁸¹ Auf der Grundlage dieser Literaturlage erweist es sich als schwierig, den Diskursverlauf und die Argumentationsmuster im Sinne des gewählten Ansatzes zu rekonstruieren.

Der Diskurskontext

Der Maastrichter Vertrag oder offiziell der „Vertrag über die Gründung der Europäischen Union“ (EUV) wurde im Verlauf der Jahre 1990 und 1991 in den beiden Regierungskonferenzen zur Politischen- sowie Wirtschafts- und Währungsunion ausgehandelt, vom Europäischen Rat von Maastricht am 10. Dezember 1991 beschlossen, und schließlich am 7. Februar 1992 von den Außen- und Finanzministern der EG unterzeichnet.

Das Ziel des Vertragswerks war zum einen eine Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU), zum anderen längerfristig eine Politische Union zu schaffen, die auch die Vertiefung der politischen Integration fördern sollte. Demzufolge sah der EUV viele grundlegende Veränderungen des bis dato gültigen Primärrechts vor. Neben den Bestimmungen zur EWWU waren wichtige Neuerungen aus dänischer Sicht die Einführung der Unionsbürgerschaft, die Schaffung zweier intergouvernementaler Säulen in den Bereichen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und der Zusammenarbeit im Bereich Inneres und Justiz (ZIJ), sowie ein Protokoll über die Sozialpolitik. Kernstück des Vertrages waren zweifellos die Bestimmungen über die EWWU, die vier Konvergenzkriterien sowie die Schaffung einer Europäischen Zentralbank (EZB) nach dem Modell der Deutschen Bundesbank. Ferner wurden auch behutsame institutionelle Anpassungen im Bereich der

²⁸⁰ Durch das Referendum wird das Verhältnis zwischen Demokratie und Europäischer Integration in den Mittelpunkt gerückt. Viele Studien befassen sich mit dem demokratischen Aspekt des Referendums: Ein Referendum sei eine demokratischere Entscheidungsform, da direkter und legitimer als Regierungs- oder Parlamentsentscheidungen. Auf der anderen Seite wird sich gefragt, ob außenpolitische Themen sich überhaupt für eine Volksbefragung eignen. Auch die Aufgabe der Aufklärung und die Rolle der Medien werden thematisiert.

²⁸¹ In diesem Zusammenhang ist ein sehr umfangreiches Forschungsprojekt der Universität Århus zu nennen, wo das Zusammenspiel von Demokratie, Wahlverhalten und die Rolle der Massenmedien in den Referendumskampagnen untersucht wurden (Siune et al 1992), (Siune et al. 1994). Zusätzlich zu den von Siune et al. erhobenen Daten wurden auch am politikwissenschaftlichen Institut der Universität Kopenhagen Studien angefertigt (Nielsen 1992, 1993; Worre, 1995). Gemeinhin widersprechen sich die Aussagen der Studien nicht, sondern kommen zu ähnlichen Ergebnissen. Hinzu treten viele Werke, die sich vor allem mit dem Aspekt der Entscheidungsprozesse beschäftigen und der Frage nachgehen, wie die Krise auf der innenpolitischen und europapolitischen Ebene gelöst wurde (Petersen, 1993; Laursen, 1993).

Entscheidungsprozeduren vollzogen, wie etwa die Ausweitung der Mehrheitsentscheidungen, die Einschränkung des Vetorechts und die Stärkung des Europäischen Parlaments (EP). Die Entwicklungen der kommenden Jahre sollten zeigen, dass der Maastrichter Vertrag tatsächlich einen „qualitativen Sprung“ in der europäischen Entwicklung auszulösen vermochte. In den neunziger Jahren hat der Integrationsprozess eine bis zu diesem Zeitpunkt unbekannte Dynamik erfahren (Herz 1999).

Die dänische Regierung hatte wenig Grund zur Annahme, dass die Ratifizierung des Maastrichter Vertrages sich als schwierig gestalten würde, da der Vertrag aus ihrer Sicht ein gutes Verhandlungsergebnis darstellte (Laursen 1992:77). Die meisten Forderungen des dänischen Regierungsmemorandums vom Oktober 1990²⁸² und der Vorgaben (*Motion*) des *Folketings* vom Dezember 1991, die als Verhandlungsgrundlage während der Regierungskonferenzen dienten, konnten erfolgreich umgesetzt werden. Demzufolge sprachen sich bei der anschließenden Abstimmung am 12. Mai 1992 im *Folketing* dann auch sechs von acht Parteien mit insgesamt 130 zu 25 Stimmen für die Ratifizierung des EUV aus. Einzig die Parteien am jeweiligen Ende des politischen Spektrums, die Sozialistische Volkspartei (*Socialistisk Folkeparti-SF*) auf der Linken und die Fortschrittspartei (*Fremskridtpartiet-FP*) auf der Rechten stimmten mit „Nein“, sowie zwei Abgeordnete der kleinen Christlichen Volkspartei (*Kristeligt Folkeparti-CF*) (Worre 1995).²⁸³ Somit kam eine komfortable Mehrheit von fast 80% der Parlamentarier zustande, die den Maastrichter Vertrag unterstützten (Siune und Svensson 1993: 99, Worre 1995:238).²⁸⁴ Da aber die Schwelle von 150 „Ja“-Stimmen (5/6 Mehrheit) nicht erreicht werden konnte, wurde gemäß Artikel 20 der dänischen Verfassung die ergänzende Ratifizierungsprozedur des Referendums zwingend.

Das dänische Referendum im Juni 1992 über den Maastrichter Vertrag war nach dem EG-Beitrittsreferendum 1972 und dem Referendum zur Einheitlichen Europäischen Akte 1986 bereits die dritte Volksabstimmung in Bezug auf die europäische Integration. Das Referendum fand am 2. Juni 1992 statt, und bei

²⁸² Am 25. Oktober 1990 wurde das Memorandum wurde mit 85 zu 16 Stimmen im *Folketing* angenommen. Für eine umfassende Dokumentation zu den Regierungskonferenzen, sowie für den Vertragstext per se, siehe u.a. Weidenfeld (1994). Das Buch enthält alle wichtigen Texte, Initiativen und offiziellen Stellungnahmen bis hin zu den zentralen Vertragsentwürfen. Die Dokumente machen deutlich, welche Optionen auf dem Verhandlungstisch lagen und erlauben die Entwicklung zur endgültigen Fassung des EUV besser nachzuvollziehen. In Laursen und Vanhoenacker (1992) findet sich eine englische Version des dänischen Memorandums im Anhang (Annexes, S.293-303. Außerdem wurde das Memorandum seinerzeit auch in der *Politiken* vom 8. Oktober 1990 abgedruckt.

²⁸³ Die Fraktion der CFP stimmte zwar für den EUV, aber der Parteitag entschloss sich dann, gegen den EUV Stellung zu beziehen.

²⁸⁴ Dies steht im Gegensatz zu den früheren Referenden von 1972 und 1986, wo die Abstimmungsergebnisse im *Folketing* viel mehr von Uneinigkeit und heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Parteien gekennzeichnet waren. Nicht nur alle großen Parteien, sondern auch alle betroffenen Organisationen und Gruppen, sowie die gesamte Presse sprachen sich für den EUV aus.

einer Wahlbeteiligung von 83,1% stimmten 50,7% der dänischen Wähler mit „Nein“ und 49,3% mit „Ja“. Damit war eine Ratifizierung des EUV in Dänemark an 46.847 Stimmen gescheitert (Siune und Svensson 1993: 102, Svensson 1994: 70).²⁸⁵

Die Niederlage löste im politischen Establishment Verwirrung und Ratlosigkeit aus. Die enorme Tragweite dieser Ablehnung äußerte sich in einer ersten politischen Krise, denn nicht nur die Europapolitik der Regierung und des *Folketings* waren in Frage gestellt, sondern das dänische Nein gefährdete auch den europäischen Unionsprozess *per se*, und stellte damit gewissermaßen auch die Mitgliedschaft Dänemarks in der EU in Frage (Worre 1995:235).²⁸⁶ Danach folgten monatelange Diskussionen um die Interpretation der Abstimmungsniederlage und um mögliche Auswege aus der Krise (Svensson 1994).²⁸⁷

Die Lösung dieser Krise fand sich auf nationaler Ebene im Oktober, als die Opposition der Regierung den sogenannten „Nationalen Kompromiss“ vorlegte. Dieser stammte bemerkenswerterweise nicht von der Regierung, sondern hauptsächlich von der kleinen, extrem linksorientierten Sozialistischen Volkspartei (SF) – die sich zuvor gegen den Maastricht Vertrag ausgesprochen hatte – und war in Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten und den Sozialliberalen konzipiert worden. Dieser ‚Nationale Kompromiss‘, der erhebliche Einschränkungen in Dänemarks Teilnahme an den Unionspolitiken vorsah, wurde von der Regierung wie auch von den anderen bürgerlichen Parteien angenommen. Somit hatten sieben der acht Parteien den Kompromiss akzeptiert. Nur die Fortschrittspartei FP und die außerparlamentarischen Bürgerbewegungen blieben weiterhin bei ihrer Ablehnung des EUV.²⁸⁸

Der Kompromiss wurde auf europäischer Ebene im Dezember 1992 auf dem Ratstreffen von Edinburgh in Form von vier *Opt-Outs* aus dem EUV abgesegnet. Der dänische Sonderstatus besteht darin, dass Dänemark nicht an der sogenannten verteidigungspolitischen Dimension teilnimmt, und so auch nicht

²⁸⁵ Um per Referendum abzulehnen müssen zwei Verfassungsbedingungen erfüllt werden: Mehr Nein- als Ja Stimmen und die Nein-Stimmen müssen mindestens 30% aller Wahlberechtigten darstellen.

²⁸⁶ Petersen hat drei mögliche Auswege aus dem Dilemma skizziert, die alle wiederum neue Probleme mit sich bringen. Er spricht von einem ‚strategic triangle‘ zwischen Erwartungen der dänischen politischen Elite, der dänischen Öffentlichen Meinung und den anderen EG-Partnern, wo Zugeständnisse in die eine Richtung immer Widerstände aus der anderen mit sich bringen (Petersen 1993, Svensson 1994).

²⁸⁷ Es wurden sehr aufwendige Wahlanalysen des Referendums durchgeführt. Obwohl es klar war, dass die Regierung, das *Folketing* und die großen Parteien das Referendum verloren hatten, blieb unklar, wer es denn gewonnen hatte. Denn der Widerstand zum Maastrichter Vertrag war sehr heterogen und hatte sich während der Referendumskampagne mit sehr unterschiedlichen Argumenten geäußert.

²⁸⁸ Der Nationale Kompromiss wurde später offiziell umbenannt in ‚Denmark in Europe‘, dän.: ‚Danmark i Europa‘. Vgl. (Worre 1995).

WEU-Mitglied wird. Außerdem nimmt Dänemark nicht an der dritten Phase der WWU teil, die die Einführung einer gemeinsamen Währung vorsieht, sowie wirtschafts- und haushaltspolitische Verpflichtungen nach sich zieht. Ferner ist Dänemark weder an die Implikationen der Unionsbürgerschaft noch an jeglichen Souveränitätstransfer im Bereich der ZIJ gebunden (Svensson 1994: 71-72).²⁸⁹ Dänemark erklärte seinerseits, dass es die anderen Mitgliedstaaten nicht daran hindern würde, eine engere Zusammenarbeit in all diesen Bereichen einzugehen (Worre 1995: 242). Die Einschränkungen der dänischen Teilnahme an den Unionspolitiken in den durch die Edinburgh Vereinbarungen ausgenommenen Bereichen kann nur durch Referenden aufgehoben werden (Siune et al. 1994: 108). Dies stellte ein weiteres erhebliches Eingeständnis der Regierung an die Opposition, aber auch an das dänische Volk dar.

Am 18. Mai 1993 stimmten die Dänen schließlich erneut über den Maastricht Vertrag ab, diesmal mit dem Zusatz (Annex) der Edinburgh Vereinbarungen. In diesem vierten europapolitischen Referendum nahmen 56,7% der Dänen die Ratifizierung des Maastricht Vertrages an.

Diskursverlauf und Diskursstruktur

Wie bei einem Referendum üblich, teilt sich der Diskurs grob in zwei Lager. Zu den Befürwortern der Ratifizierung des Maastrichter Vertrags zählten fast alle etablierten politischen Parteien, die bürgerliche Koalitionsregierung als auch die Sozialdemokratische Opposition. Zudem sprachen sich Arbeitgeberverbände und Gewerkschaftsverbände, sowie die Medien für ‚Maastricht‘ aus. Die Gegner des Maastrichter Vertrages kamen von den entgegengesetzten Enden des politischen Parteienspektrums und hatten auch unterschiedliche Schwerpunkte in ihrer Argumentation.²⁹⁰ In Bezug auf europapolitische Referenden und Wahlen waren stets auch die außerparlamentarische Opposition in Form von Bürgerbewegungen von tragender Bedeutung. Vor allem die traditionellen EG-Gegner *Folkebevaegelsen mod EF* sind hier zu nennen. In der zweiten Referendums-

²⁸⁹ Die genauen Auswirkungen der *Opt-outs* waren zu diesem Zeitpunkt noch nicht abzusehen. Der EUV enthielt in Bezug auf die Zusammenarbeit in den Bereichen Verteidigungsdimension und ZIJ vage Absichtserklärungen und keine spezifizierten Verpflichtungen. Doch anstatt erst die konkreten Entwicklungen in diesen Bereichen abzuwarten, und dann wahlweise über eine Teilnahme zu entscheiden, hat der Nationale Kompromiss die Teilnahme *a priori* ausgeschlossen. Die Ablehnung der Unionsbürgerschaft war praktisch inhaltsleer, da die dänische Regierung längst ihre Absicht erklärt hatte, den Bürger der anderen EG-Mitgliedstaaten die damit einhergehenden Rechte einzuräumen. Die dänischen Wähler machten es aber gleichwohl zum Symbol der bedrohten dänischen Identität und des dänischen Wohlfahrtsstaates.

²⁹⁰ Die Sozialistische Volkspartei (*SF*) hat vor allem die außenpolitische und verteidigungspolitische Dimensionen des Vertrages angegriffen, aber auch die Einführung einer einheitlichen Währung. Die soziale Dimension des Vertrags war ihnen zudem zu schwach. Die populistische Fortschrittspartei (*FP*) dagegen attackierte vor allem ebendiese soziale Dimension, die sie als zentralisierten Sozialismus verschrie, und auch die gemeinsame Währung war äußerst umstritten. Die Elemente des Vertrages, welche die Bereiche der Außenpolitik und Verteidigung tangieren, störten sie hingegen

kampagne spaltete sich der moderate Flügel dieser Organisation ab und gründete die *Jumbevaegelsen* (Anspielung auf den „Sieg“ im Juni Referendum). Dieser bestand nicht auf einem Austritt Dänemarks aus der EG/EU, lehnte aber jede Stärkung Europas zu Lasten der Souveränität und Selbstbestimmung Dänemarks ab.

Argumentationsmuster und Identitätselemente²⁹¹

Im Maastrichtdiskurs wurde vor allem thematisiert, was die Europäische Integration sein und wie die Haltung Dänemarks²⁹² dazu aussehen sollte: *“A study of the arguments in the union debate shows that the campaigns for and against the Union were based on essentially different types of arguments, presenting very different images of future European cooperation.”* (Worre 1995:236).

Dänemark als Teil des „Markt-Europa“

Im Vergleich zu den früheren Referenden bestand eine wichtige Neuentwicklung in der Maastrichtdebatte darin, dass die wirtschaftliche Logik nicht mehr das zentrale Argumentationsmuster der Befürworter ausmachte. Die Regierung, und vor allem ihr Außenminister Ellemann-Jensen, deutete bereits zu Anfang an, dass dieses Referendum eine politische, und keine wirtschaftliche Frage sei. Es ginge darum, Europa zu stärken, damit es den vielen neuen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen, die durch die weltpolitischen Umwälzungen der letzten Jahre entstanden seien, besser begegnen könne. Die wichtigste und umstrittenste Frage zwischen Befürwortern und Gegnern waren die konkreten Auswirkungen einer so verstandenen politischen Integration. Dabei stand oftmals die Frage im Mittelpunkt, ob ein Zugewinn an Einfluss auf der europäischen Ebene den dänischen Verlust an Souveränität wettmachen würde. Im März 1992 kam diesbezüglich ein Komitee juristischer Experten zu dem Schluss, dass die im Maastrichter Vertrag vorgesehene Politische Union die dänische Souveränität in der Tat einschränken würde. Das Hauptargumentationsmuster der Befürworter war, dass Dänemark nicht in der Lage sei, die neuen Herausforderungen allein zu meistern und deshalb nicht außen vor bleiben könne. Eine vertiefte europäische Integration sei eine „politische Notwendigkeit“ (Siune et al. 1992). Doch für die Gegner war die

²⁹¹ Vg. hierzu v.a.: Lawler 1997; Mouritzen et al. 1996; Schou 1992; Nielsen 1992; Branner 1992.

²⁹² Etwa 15% der Dänen sind ausgesprochene Europabefürworter, die auch nicht die geringsten Probleme mit Supranationalität haben, und etwa 15-20% ausgesprochene Europagegner, die unbedingt einen Austritt Dänemark aus der EG wollen. Die restlichen 65-70% der Bevölkerung könnte man als Europaskeptiker bezeichnen, die zwar die Mitgliedschaft akzeptieren, aber unterschiedliche Vorstellungen davon haben, wie die Europäische Integration aussehen soll und welche Auswirkungen diese auf Dänemark hat. Etwa die Hälfte von ihnen will am *Status quo* festhalten, und Europa auf wirtschaftliche Zusammenarbeit beschränken. Die andere Hälfte ist bereit gewisse politische Konzessionen hinzunehmen, um die Vorteile der Integration sicher zu stellen. E. Referendumsausgang wird von jenen kritischen 15% ausgemacht, die auf der Trennlinie liegen.

Angst vor einem Verlust der Souveränität und der dänischen Identität das ausschlaggebende Argument. Somit war das Verständnis von „Europa als Markt“ nach wie vor das bestimmende Europabild in Dänemark.

Dänemark als nordisches Land²⁹³

Wie schon im NATO-Beitrittsdiskurs deutlich wurde, stellt das Identitätselement „Dänemark als nordisches Land“ ein Sammelbecken für sehr umfassende Eigenschaften der dänischen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zur Verfügung. Nordisch zu sein beinhaltet zum einen eine geographische Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft von Staaten, die sowohl historisch und kulturell als auch sprachlich und ethnisch sehr stark miteinander vernetzt sind und begründet ein gleichsam familiäres Zusammengehörigkeitsgefühl. Zum anderen spielt es für viele auf ein spezifisch nordisches politisches System aus, das auf soziale ebenso wie geschlechtliche Gleichheit bedacht (Wohlfahrtsstaat und *egalitarianism*) und durch ein partizipatives Demokratieverständnis geprägt ist (*like-minded countries*). Darüber hinaus beinhaltet es auch moderne Elemente eines universalistischen Staates, wie zum Beispiel eine friedfertige Außenpolitik, eine sehr ethisch ausgerichtete Entwicklungspolitik und ein starkes Engagement für Umweltschutz und Menschenrechte. Trotz der nicht unerheblichen Unterschiede, die zwischen den nordischen Ländern nach wie vor bestehen, überwiegt doch ein Gemeinschaftsgefühl, das Ole Waever folgendermaßen beschreibt: „*Nordic identity is about being better than Europe.*“ (Waever 1992: 269).

Das Identitätselement des „nordischen Staates“ mit seiner ganzen inhaltlichen Spannweite ist ein konsensuales Identitätsmerkmal und wurde folglich von beiden Lagern argumentativ bedient. Die Befürworter behaupteten, dass die Mitgliedschaft in der EU der einzige Weg sei, um den neuen ökonomischen und sicherheitspolitischen Herausforderungen im Zeitalter der Globalisierung und der Auflösung der herkömmlichen Weltordnung zu begegnen. Nur mit und durch Europa könnten die wesentlichen Elemente dieses Identitätsmerkmals erhalten und sogar vielleicht durch den Export auf eine höhere Ebene verstärkt werden. Für die Gegner hingegen stellte die EU eine Gefahr dar, würde sie doch die Erosion dieser „*superior form of society*“ beschleunigen: „Dänemark würde Europa nicht hoch-, sondern Dänemark würde Dänemark runterbringen“. Die Verwässerung der dänischen sozialen und umwelttechnischen Standards wäre die unausweichliche Folge. Eine vertiefte wirtschaftliche und politische Union würde zudem zwangsläufig Steuerharmonisierungen nach sich ziehen, welche das Ende des nordischen Wohlfahrtsstaates bedeuten würden.²⁹⁴ Die Gegner

²⁹³ Vgl. u.a.: Mouritzen, 1995: 265; Waever, 1992: 264.

²⁹⁴ Die politischen Systeme Skandinaviens bilden gemeinhin eine separate Kategorie in der Klassifikation der liberalen Demokratien. Diese oft auch als ‚protestantische Demokratie‘ bezeichnete Unterkategorie brachte jedenfalls viele Dänen dazu, das demokratische Defizit der G/EU als eine wesentliche Gefahr zu sehen. Besonders der Mangel an einer (nationalen) parlamentarischen Kontrolle bei den zentralisierten Entscheidungsprozeduren, wie auch die ‚französische‘ Bürokratisierung wurde kritisiert (Lawler 1997).

gingen davon aus, dass sich das skandinavische Wohlfahrtsstaatsmodell durch eine allgemeine Identifikation und Solidarität mit dem System auszeichnet. Insofern seien Gemeinschaft, Staat und Nation eng miteinander verwoben, und aus diesem Grund würde eine Abgabe staatlicher Souveränität an Brüssel zu einer Spaltung von Gesellschaft, Nation und Staat führen (Lawler 1997).

Zusätzlich zu dieser Argumentation weist der dänische Euroskeptizismus auch reaktionäre Elemente auf, die aus einer Mischung von kollektiver Nostalgie und Nationalismus herrühren.

Dänemark als Vorreiter

Dieses Identitätselement stellt insofern eine Subkategorie des „nordischen Staates“ dar, als nicht wie vorhin die Innenwirkung im Vordergrund steht, sondern es hierbei vor allem um die Außenwirkung und den Vorbildcharakter des dänischen Systems für andere Staaten geht, und zwar in politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Hinsicht.

Die Befürworter argumentieren, dass es gelingen könnte, dänische Werte durch ihren Export auf die europäische Ebene zu sichern. In diesem Zusammenhang spielte die neu geschaffene Soziale Dimension und Mehrheitsentscheidungen im Umweltbereich eine Rolle. Doch dieses Argumentationsmuster war in der ersten Kampagne noch recht schwach ausgeprägt, verstärkte sich leicht in der zweiten Referendumskampagne und erreichte seine volle Entfaltung erst im Referendum über den Amsterdamer Vertrag 1998.²⁹⁵ Interessanterweise gelang es auch der Gegenseite, sich dieses Elementes zu bedienen, indem sie betonte, dass durch das *Nej* im Juni 1992 das dänische Volk zum Vorreiter des demokratischen Widerstandes der Völker in Europa gegen eine elitäre, zentralistische und bürokratische Europäische Integration geworden sei. Als ermutigend wurde gewertet, dass sich der Widerstand gegen den EUV in Europa seit dem dänischen *Nej* verstärkt hatte und Dänemark so keineswegs isoliert dastand. Zudem hatten die Briten angedeutet, dass sie ihrerseits die Ratifizierung des Maastrichter Vertrages von einer vorherigen dänischen Zustimmung abhängig machen würden.

Dänemark als Brückenbauer

Das vorangegangene Identitätselement „Dänemark als Vorreiter“ ist unmittelbar mit dem Element „Dänemark als Brückenbauer“ verbunden, das

²⁹⁵ Man könnte sagen, dass die Stärkung dieses Musters, Europa als Möglichkeit darzustellen, um die dänischen Werte zu exportieren, einen Versuch der Befürworter darstellt, den Europadiskurs zu ‚reframen‘. Nachdem man erkannt hatte, dass die traditionelle ‚wirtschaftliche Logik‘, die Europa auf einen Markt reduziert, nicht mehr ausreichend ist, um eine politische Weiterentwicklung der Europäischen Integration zu rechtfertigen, versucht man nun Europa neue Bedeutungszusammenhänge zu zuordnen, und mit etablierten dänischen Identitätselementen verbindet.

besonders auf die Brückenstellung Dänemarks zwischen Europa und den nordischen Ländern abzielt. Die Befürworter mahnten, dass Dänemark den Maastrichter Vertrag unbedingt ratifizieren müsse, um die geplante Norderweiterung nicht zu verzögern oder gar zu gefährden. Vor allem die Sozialdemokraten betonten, man solle die Erwartungen der nordischen Länder nicht enttäuschen. Doch auch die Gegner führten das Argument der Erweiterung an – jedoch mit entgegengesetzter Handlungsempfehlung. Sie argumentierten, dass eine begrenzte Europäische Integration (durch die Ablehnung des EUV) die Erweiterung nicht gefährden, sondern im Gegenteil erleichtern würde. Die nordischen Länder würden die dänischen Vorbehalte hinsichtlich der demokratischen Defizite der Europäischen Integration und in Bezug auf die zu weitgehenden Souveränitätsabtretungen teilen. Vor allem könnten die verteidigungs- und sicherheitspolitischen Implikationen der GASP die Neutralen abschrecken.

Dänemark als Kleinstaat

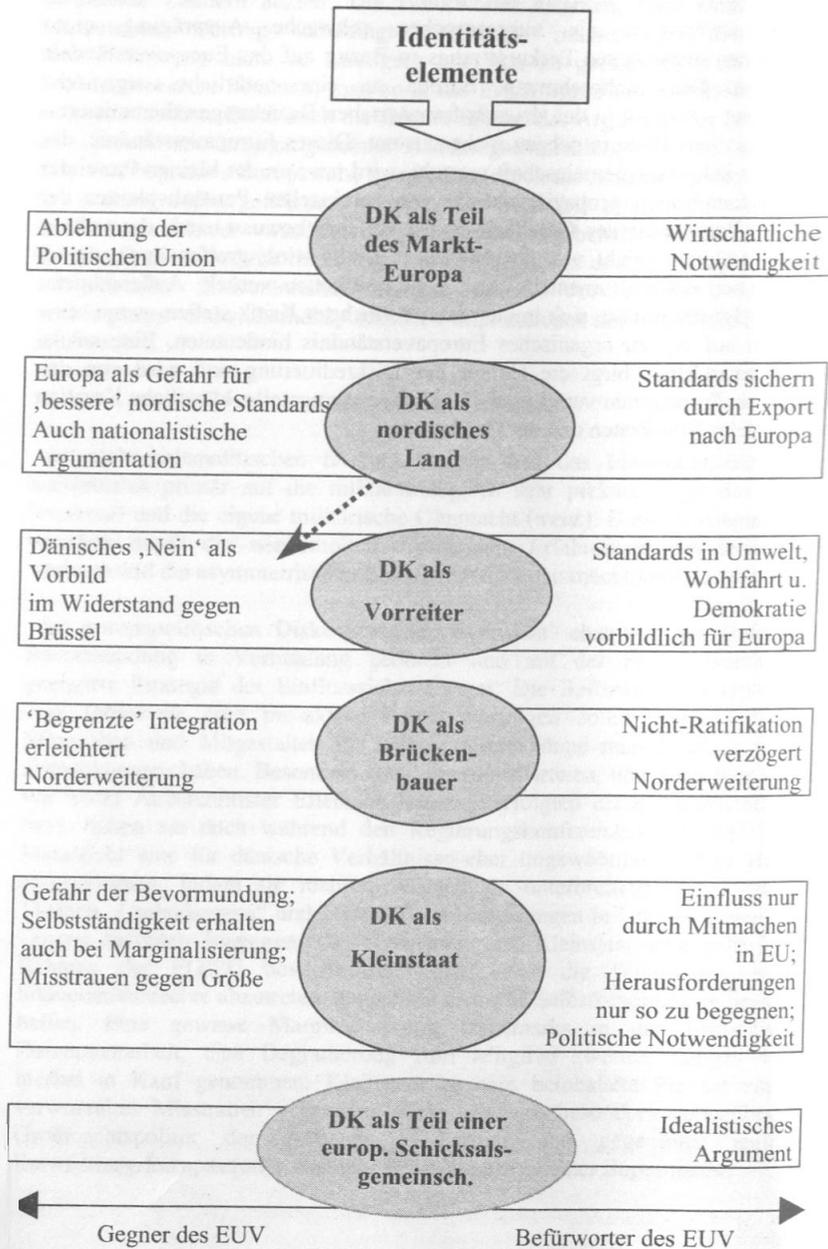
Im sicherheitspolitischen Diskurs bezieht sich das Identitätsmerkmal des Kleinstaates primär auf die militärstrategisch sehr prekäre Lage des Landes (*exposed*) und die eigene militärische Ohnmacht (*weak*). Diese Auslegung wird verstärkt durch die wiederholten historischen Erfahrungen der territorialen Verluste und die asymmetrischen Beziehungen zu den mächtigen Nachbarn.

Im europapolitischen Diskurs wurde ‚Kleinstaat‘ eher mit der Gefahr der Bevormundung in Verbindung gebracht und mit der Frage, welches die geeignete Strategie der Einflussssicherung sei. Die Befürworter unterstrichen, dass Dänemark eine pro-aktive Politik verfolgen sollte, denn nur durch Mitmachen und Mitgestalten im inneren Kreis könne man Einfluss auf die Entwicklungen haben. Besonders die Regierungsparteien, und auch hier wieder vor allem Außenminister Ellemann-Jensen, verfolgten diese Argumentationslinie, hatten sie doch während den Regierungskonferenzen im Vorfeld von Maastricht eine für dänische Verhältnisse eher ungewöhnlich aktive Haltung eingenommen, indem sie mehrere Vorschläge unterbreiteten, u. a. zu den Themen „Ombudsman“ und „Mehrheitsentscheidungen in Umweltfragen“. Die Gegner betonten hingegen, dass Dänemark als Kleinstaat zwangsläufig im Rahmen der EG/EU bevormundet würde. Nur die Weigerung, weitere Souveränitätsrechte abzutreten, könnte die dänische Selbstbestimmung bewahren helfen. Eine gewisse Marginalisierung Dänemarks in der Europäischen Zusammenarbeit, eine Degradierung zum Mitglied zweiten Ranges wurde hierbei in Kauf genommen. Kleinstaat zu sein beinhaltete für sie ein tief verwurzelt Misstrauen gegenüber allem Großem, besonders gegenüber der Großmachtspolitik der größeren EG-Partner und gegenüber jeglicher Entwicklung Europas (oder vielmehr Brüssels) hin zu einer Supermacht.

Dänemark als Teil einer Europäischen Schicksalsgemeinschaft

Erwähnenswert ist die ausgesprochen schwache Ausprägung eines idealistischen organischen Diskursstrangs in Bezug auf das Europaverständnis der Dänen. Die Wahrnehmung, Europa sei eine natürliche, organische Entwicklung – wie oft in den deutsch-französischen Beziehungen thematisiert – ist im dänischen Diskurs nahezu nicht existent. Dieses Europaverständnis, das Europa als Schicksalsgemeinschaft versteht, wird nur von der kleinen Partei der Zentrumsdemokraten propagiert, sowie von vereinzelt Persönlichkeiten der Liberalen Partei und der Gesellschaft. Da sie sich bewusst sind, dass dieses Europaverständnis nicht von der Mehrheit geteilt wird, greifen auch sie im Diskurs eher auf instrumentelle Argumentationsketten zurück. Außenminister Ellemann-Jensen musste sich immer dann vermehrter Kritik stellen, wenn seine Aussagen auf ein zu organisches Europaverständnis hindeuteten. Eine solche Europakonstruktion birgt die Gefahr der Diskreditierung und wird von den meisten als Propaganda verschrien, als eine instrumentelle, künstliche Kreation der Brüsseler Bürokraten und der Großmächte.

Abb. 19: Der dänische Diskurs zu den Maastricht-Referenden (1992/1993)



Diskurshegemonie: Vom ersten ‚Nej‘ 1992 zum zweiten ‚Ja‘ 1993

Zusammenfassend kann man sagen, dass die Debatte vor allem die Entwicklung vom „Markt Europa“ hin zur „Union“, zum politischen Projekt thematisierte. Diese Politisierung wurde eindeutig abgelehnt, wenn auch die verschiedenen Aspekte dieser Politisierung von den diversen Gruppen unterschiedlich bewertet wurden. Die Befürworter waren bereit, die Politisierung mitzutragen, denn nur so könnte Dänemark vermehrt Einfluss auf die weiteren Entwicklungen ausüben. Die Gegner hatten ihrerseits sogar eine Marginalisierung Dänemarks in Kauf genommen, wenn dadurch die Souveränität und die für sie damit eng verbundene dänische Identität erhalten werden konnten. Der Verlust von Status, Rang und Einfluss zählte für sie nicht. Das Argumentationsmuster der Gegner, das den Verlust der politischen Freiheit und die Gefährdung der dänischen Identität so hoch einschätzte, dass jegliche Souveränitätstransfers abgelehnt wurden, war im ersten Referendum ausschlaggebend.

Das dominierende wirtschaftliche Europaverständnis ließ keine politischen Ambitionen zu und setzte sich gegenüber der versuchten Rekonstruktion von „Europa als politischem Projekt“ durch. Bei der Analyse des Maastrichtdiskurses fällt vor allem auf, dass das traditionelle Argumentationsmuster der „wirtschaftlichen Notwendigkeit“ zunächst nicht im Mittelpunkt stand. Erst im zweiten Referendum gelang es den Befürwortern, das mit dem Argumentationsmuster der wirtschaftlichen Notwendigkeit das Markt-Europa Identitätselement wieder zu aktivieren, indem sie vor den Konsequenzen eines zweiten Neins warnten. Ein Bruch mit der EU wurde durchaus für möglich gehalten, und die wirtschaftlichen Folgen wären für Dänemark nicht absehbar. Die Edinburgh Vereinbarungen hatten der Union ‚die Zähne gezogen‘. Obwohl die Gegner die juristische Verbindlichkeit des Sonderstatus anzweifeln, waren diese Zugeständnisse für die kritische Masse von 7%, die ihr Abstimmungsverhalten änderten, von elementarer Bedeutung. Die umstrittensten Punkte, wie etwa die verteidigungspolitische Dimension und die EWWU waren durch die *Opt-outs* von der Agenda genommen.²⁹⁶ Gleichzeitig gelang es der Regierung, die Wahrnehmung der Sozialen Dimension zu verstärken und den Erfolg des Binnenmarktes ins Zentrum der Argumentation zu rücken.

Der dänische elite-mass split

Die Tatsache, dass die dänische Bevölkerung im ersten Referendum den Maastrichter Vertrag ablehnte, obwohl sich zuvor die große Mehrheit des

²⁹⁶ Der Stimmungswechsel in den Umfragen ereignete sich bereits vor dem Regierungswechsel, nämlich zum Zeitpunkt des Nationalen Kompromisses und der Edinburgh Vereinbarungen. Die Umschwung wurde zwar in den folgenden Wochen schwächer, doch auch nach dem Regierungswechsel Ende Januar büßte die Ja-Seite weiter kontinuierlich ihren Vorsprung bei Edinburgh ein.

politischen Establishment und der Eliten für eine Ratifizierung ausgesprochen hatten, offenbart einen massiven *elite-mass split* in Dänemark.²⁹⁷ Es liegt an der außerordentlichen Diskursstruktur in Dänemark, dass das Volk durch das Instrument des Referendums das letzte Wort hat. Der *elite-mass split* ist nichts Neues in der dänischen Haltung zu Europa. Doch der traditionelle *split* war eher quantitativer als qualitativer, sprich inhaltlicher Natur, und drehte sich um die EG-Mitgliedschaft per se. Die dänische EG-Mitgliedschaft blieb auch noch nach dem Beitritt 1973 weiterhin umstritten, bei den politischen Parteien ebenso wie bei der Bevölkerung. Im Ganzen blieb die Bevölkerung stets integrations-skeptischer als ihre gewählten Parlamentsvertreter. Dies lässt sich sowohl an den Europawahlen als auch an Umfragen und Referendumsergebnissen feststellen.²⁹⁸

Schon in den Referenden 1972 und 1986 war deutlich aus den Debatten hervorgegangen, dass die Dänen die EG als eine strikt wirtschaftliche Zusammenarbeit wahrnehmen und eine politische Integration ablehnen (*Europa als Markt*). Während der Beitrittsdebatte 1972 wurde Europa lediglich als ein Forum für wirtschaftliche Zusammenarbeit dargestellt, der Diskurs folgte einer wirtschaftlichen Logik, das heißt, es wurden nur die wirtschaftlichen Vor- und Nachteile eines Beitritts oder eines Außenvorbleibens thematisiert. Der Beitritt wurde somit als bloße Notwendigkeit dargestellt. Die Gegner teilten entweder nicht das vorgerechnete Kosten-Nutzenkalkül, bevorzugten andere Organisationen oder stuften den Souveränitätsverlust sowie den Verlust der politischen Handlungsfreiheit als höherwertig ein als die zu erwartenden wirtschaftlichen Vorteile. Auch im EEA-Referendum 1986 war es bereits die wirtschaftliche Logik gewesen, die den Diskurs beherrscht hatte. Die Befürworter führten die erheblichen wirtschaftlichen Kosten eines Neins zum europäischen Binnenmarkt an; die Gegner hingegen warnten vor den politischen Implikationen der EEA – vor einem Schritt, der eindeutig in die Richtung einer Vertiefung der politischen Integration ging. Dem hatte der damalige Premierminister Schlüter beschwichtigend entgegnet: „*The political Union is stone dead.*“ Die Politiker hatten stets aus taktischem Kalkül die politischen Implikationen der europäischen Integration heruntergespielt.

Der Konsens in Bezug auf die EG-Mitgliedschaft, der sich in den 80er Jahren gebildet hatte, bedeutete aber mitnichten auch eine Einigung hinsichtlich der

²⁹⁷ Als eine mögliche alternative Erklärung für die Niederlage im ersten Referendum und den *elite-mass split*, wird von manchen die These der Protestwahl angeführt. Der unterschiedliche Ausgang vom ersten zum zweiten Referendum wird auf den Regierungswechsel zurückgeführt, der Ende Januar 1993 stattfand, als die Regierung Schlüter wegen der sogenannten Tamilenaffäre zurücktreten musste. Diese These deutet die Niederlage im ersten Maastricht-Referendum als eine Protestwahl gegen die amtierende Regierung, und deshalb hätte die neue Regierung im zweiten Referendum ein JA sichern können. Doch diese These konnte von Siune et al. (1994) widerlegt werden.

²⁹⁸ So kam es dann z. B. in Europawahlen zu einem bedeutend ‚abweichenden‘ Verhalten der dänischen Wähler. Sie wählten nicht ‚ihre‘ Parteien, sondern überdurchschnittlich europaskeptische Parteien und Bewegungen, oder sogar ausgesprochene EG-Gegner. Dieses abweichende Wählerverhalten der Dänen ist innerhalb der EG-Mitgliedstaaten einzigartig. In den 80er Jahren gingen bis zu 25% der EP-Mandate an ausgesprochene EG-Kritiker. Siehe hierzu auch Worre 1987.

Europapolitik.²⁹⁹ Ein neuer politischer Bruch ersetzte den traditionellen *Split*. In den Jahren nach dem EEA-Referendum hatten die politischen Parteien nicht nur die EG-Mitgliedschaft akzeptiert, sondern erfuhren meist auch eine qualitative Weiterentwicklung ihres Europaverständnisses. Dies galt besonders für die Sozialdemokraten, die in ihrer bisherigen Haltung zu Europa sowohl sehr euroskeptisch, als auch innerlich sehr gespalten gewesen waren.³⁰⁰ Die bürgerliche Regierung konnte in den darauffolgenden Jahren – auf der Basis dieser zunehmenden europapolitischen Konvergenz der dänischen Parteien – eine sehr viel konstruktivere Europapolitik verfolgen, die eben darin gipfelte, dass vor Maastricht sechs von den acht im *Folketing* vertretenen Parteien die Verhandlungsposition der Regierung guthießen.³⁰¹ Aber genau diese inhaltliche Weiterentwicklung hat die Bevölkerung nicht mitvollzogen. Die neue qualitative Bruchlinie verläuft nun zwischen den unterschiedlichen Auslegungen, was die Europäische Integration beinhalten soll. Auf der einen Seite hat sich eine Diskursformation gebildet, die an einer intergouvernementalen und fast ausschließlich wirtschaftlichen Ausrichtung der Europäischen Kooperation festhalten will, und auf der anderen Seite steht eine, die eine Weiterentwicklung und Vertiefung der Europäischen Integration bis hin zu einer zunehmend supranationalen Politischen Union zu tragen bereit ist. Die politischen Eliten hatten geglaubt, dass die dänische Bevölkerung die Weiterentwicklung der europäischen Integration zur Politischen Union annehmen würden, aber die Dänen zogen ihr herkömmliches Europabild, nämlich Europa auf eine wirtschaftliche Zusammenarbeit zu beschränken, dem neuen politisierten Europa-Bild vor.

Die dänische Identität: Vom NATO-Beitritt nach Maastricht

In gewisser Hinsicht ähnelt die dänische Konstruktion nationaler Identität derjenigen Frankreichs, und zwar in ihrer Tendenz zur Betonung dänischer Besonderheit. Auch die dänische Identität erwies sich im Zeitvergleich als relativ stabil und wird von einem starken Element dominiert: „Dänemark als Teil des Nordens“. War dieses noch im NATO-Diskurs praktisch ausschließlich von den Anhängern eines *non-alignment* verwandt worden, wurde es im Maastricht-Diskurs auch von Pro-Europäern positiv besetzt. Damit zusammen hängen weitere wichtige Elemente wie „Dänemark als Vorreiter (*pioneer state*)“ und

²⁹⁹ Diese Entwicklung wurde unterstützt von äußeren Veränderungen: der Kollaps der kommunistischen Welt, die Beitrittsgesuche der nordischen Länder usw. Zahlenmäßig sieht die Entwicklung der Zustimmung zur EG-Mitgliedschaft wie folgt aus: 56% in 1986, 2/3 in 1990, ¼ in 1992, 4/5 in 1993 (Worre 1995).

³⁰⁰ Auch die Sozialistische Volkspartei (SF), die stets ein ausgesprochener Gegner der dänischen EG-Mitgliedschaft gewesen war, änderte nach dem EEA ihre Haltung zur EG dahingehend, dass sie jetzt die EG-Mitgliedschaft angenommen hatte. Ihren Widerstand richteten sie nun gegen aus ihrer Sicht überflüssige europäische Programme und gegen jede Ausweitung der Kompetenzen der EG.

³⁰¹ Nach dem Maastricht Gipfeltreffen, schienen die Beobachter sich einig, dass Dänemark (respektive die dänischen Eliten) einen *important turn in the direction of Europe* vollzogen hatten. Besonders hervorgehoben wurde die Tatsache, dass sich Dänemark während des Gipfels nicht wie üblich an die Briten gehalten hatte.

„Dänemark als Brückenbauer“. Während Dänemark als Vorbild erst im Maastricht-Diskurs auftaucht, wurde am Brückenbauer-Element nunmehr – ähnlich wie im Falle des Nordens – in multipler Weise argumentativ angeknüpft. „Dänemark als Teil des Westens“ (NATO-Beitritt) oder gar „Dänemark als Teil der europäischen Schicksalsgemeinschaft“ (Maastricht) sind Nischenelemente. Letzteres spielte selbst im Maastricht-Diskurs kaum eine Rolle; hier war das eher nutzenorientierte Element „Dänemark als Teil des Markt-Europa“ weit wirksamer. Betont wurde in beiden Diskursen die schwache Rolle Dänemarks im internationalen System, was sich – mit unterschiedlichen Handlungsempfehlungen – im Identitätselement ‚Dänemark als Kleinstaat‘ gründete.

Literatur: Außenpolitische Identität und historische Diskurse Dänemarks

- Branner, Hans (1992), Danish European Policy Since 1945: The Question of Sovereignty, in: Morten Kelstrup (Hrsg.), European Integration and Denmark's Participation, Copenhagen: Copenhagen Political Studies Press, S. 297-327.
- Branner, Hans (1994), Danmark i en større verden. Udenrigspolitikken efter 1945, Kopenhagen: Columbus.
- Einhorn, Eric S. (1975), National Security and Domestic Politics in Post-War Denmark: Some principal issues 1945-1961, Odense: Odense University Press.
- Heisler, Martin (1985), Denmark's Quest for Security: Constraints and Opportunities within the Alliance, in: Gregory Flynn (Ed.) (Hrsg.), NATO's Northern Allies: The Security Policies of Belgium, Denmark, the Netherlands and Norway, New Jersey: Rowman&Allanheld, S. 57-112.
- Herz, Dietmar (Hrsg.) (1999), Die Europäische Union. Politik, Recht, Wirtschaft, Frankfurt: Fischer Taschenbuch Verlag.
- Holbraad, Carsten (1991), Danish Neutrality. A Study in the Foreign Policy of a Small State, Oxford, New York, Toronto: Clarendon Press, Oxford University Press.
- Larsen, Knud (1975), Forsvar og Folkeforbund: En Studie i Venstres og Det konservative Folkepartis forsvarspolitiske meningsdanneelse 1918-1922, Aarhus: Universitetsforlag Aarhus.
- Laursen, Finn (1990), Die Europa-Diskussion in Dänemark, in: Wilfried Loth (Hrsg.), Die Anfänge der Europäischen Integration 1945-1960, Bonn: Europa Union Verlag, S. 157-164.
- Lawler, Peter (1997), Scandinavian Exceptionalism and European Union, in: Journal of Common Market Studies 35(4), S. 565-594.
- Molin, Karl und Thorsten B. Oelsen (1995), Security Policy and Domestic Politics in Scandinavia 1948-1949, in: Thorsten B. Oelsen (Hrsg.), Interdependence versus Integration: Denmark, Scandinavia and Western Europe 1945-1960., Odense: Odense Press, S. 62-81.

- Mouritzen, Hans, Ole Waeber und Hakan Wiberg (1996), *European Integration and National Adaptations. A Theoretical Inquiry*, Commack: Nova Science Publishers.
- Nielsen, Hans Jørgen (1992), *The Danish Voters and the Referendum in June 1992 on the Maastricht Agreement*, in: Morten Kelstrup (Hrsg.), *European Integration and Denmark's Participation*, Copenhagen: Copenhagen Political Studies Press, SNU, S. 365-380.
- Nielsen, Hans Jørgen (1993), *EF på valg*, Copenhagen: Forlaget Columbus.
- Petersen, Nikolaj (1978), *Optionsproblematikken i dansk Sikkerhedspolitik 1948-49*, in: Niels Amstrup & Ib Faurby (Hrsg.), *Studier i dansk udenrigspolitik tilegnet Erling Bjøl*, Aarhus, S. 199-235.
- Petersen, Nikolaj (1979), 'Danish and Norwegian Alliance Policies 1948-49: A comparative Analysis', in: *Cooperation and Conflict* 14.
- Petersen, Nikolaj (1986), *Abandonment vs. Entrapment: Denmark and Military Integration in Europe 1948-1951*, in: *Cooperation and Conflict* 21, S. 169-186.
- Petersen, Nikolaj (1989), 'Passekrisen 1948', in: Bertel Heurlin & Christian Thune (Hrsg.), *Danmark og det internationale system. Festschrift til Ole Karup Pedersen*, Copenhagen: Politiske Studier, S. 223-243.
- Petersen, Nikolaj (1991), *Atlantpagten eller Norden? Den danske alliancebeslutning 1949*, in: Carsten Due-Nielsen, Johan Peter Noack und Nikolaj Petersen (Hrsg.), *Danmark, Norden og NATO 1948-1962*: DJOF Publishing Cop., S. 17-44.
- Petersen, Nikolaj und Christian Thune (Hrsg.) (1991), *Dansk Udenrigspolitisk Arbog 1990*, Copenhagen: DJOF Publishing.
- Schou, Tove Lise (1992), *Denmark and the overlapping international institutions in Europe in the post-cold war period*, in: Lise Lyck (Hrsg.), *Denmark and EC Membership Evaluated*, London, New York: Pinter Publishers, St. Martin's Press, S. 26-36.
- Siune, Karen, Palle Svensson und Ole Tonsgaard (1992), *Det blev et nej*, Århus: Politica.
- Siune, Karen und Palle Svensson (1993), *The Danes and The Maastricht Treaty: The Danish EC Referendum of June*, in: *Electoral Studies* 12:2, S. 99-111.

- Siune, Karen, Palle Svensson und Ole Tonsgaard (1994), *The European Union: The Danes said "No" in 1992 but "Yes" in 1993: How and Why?*, in: *Electoral Studies* 13:2, S. 107-116.
- Svensson, Palle (1994), *The Danish Yes to Maastricht and Edinburgh. The EC Referendum of May 1993*, in: *Scandinavian Political Studies* 17, S. 69-82.
- Udenrigsministeriet (1968), *Dansk Sikkerhedspolitik 1948-1966*, Copenhagen.
- Villaume, Poul (1999), *Denmark and NATO through 50 years*, in: Bertel Heurlin und Hans Mouritzen (Hrsg.), *Danish Foreign Policy Yearbook 1999*, Copenhagen: DUPI, S. 29-62.
- Weidenfeld, Werner (Hrsg.) (1994), *Maastricht in der Analyse*, Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.
- Worre, Torben (1987), *The Danish Euro-Party System*, in: *Scandinavian Political Studies* 10, S. 79-95.
- Worre, Torben (1995), *First No, Then Yes: The Danish Referendums on the Maastricht Treaty 1992 and 1993*, in: *Journal of Common Market Studies* 33(2), S. 235-257.